





\_\_\_\_\_











Entschieden

Zweiten Ausschusses über die von der Königl. Staatsregierung vorgelegte Denkschrift, die Abänderung der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung vom 11. März 1850 betreffend.

Städtisches Gemeinwesen.  
(Fortsetzung zur gestrigen Beilage.)

Die Gemeinde-Ordnung vom 11. März v. J. macht also — und dies ist der Gegenstand, auf welchen es hier näher ankommt — die Endgültigkeit aller Beschlüsse in Gemeinde-Angelegenheiten nicht von der Uebereinstimmung beider Gemeindebehörden abhängig, sondern gestattet dem Gemeinderath, allein gültig zu beschließen, erklärt die Gemeinde durch dessen Beschlüsse für verpflichtet und überträgt dem Gemeindevorstand das Geschäft der Ausführung mit der Befugnis, dieselbe zu befehlen, wenn er den betreffenden Beschlüssen dem Gemeindevorstand für nachtheilig erachtet. Kommt dann keine Einigung zu Stande, so entscheidet die vorgelegte Aufsichtsbehörde. Es kann hier unberührt bleiben, in wiefern es aus allgemeinen Rücksichten überhaupt als wünschenswert dazukommt, die Gültigkeit solcher auch für das Staatswohl wichtiger Beschlüsse der Gemeinden von der Ansicht der Majorität einer einzigen beschließenden Körperschaft abhängig zu machen, die Gemeinde-Ordnung vom 11. März v. J. hat damit jedenfalls, wo nicht ein neues Prinzip aufgestellt, doch wenigstens aber in die Praxis einzuführen versucht. Dasselbe erscheint von vornherein besonders auch insofern nicht ohne Bedenken, als es dabei an jeder gegenseitigen Möglichkeit fehlt, der vielleicht bei weitem vorzüglicheren Ansicht der Minorität zur Geltung zu verhelfen, denn die Ausführung kann, wenn der Beschluss seiner Form nach gültig ist, nur befohlen werden, insofern nachtheilige Folgen für das Gemeinwohl zu befürchten sind.

In den Deutschen Städten hat zur Zeit ihrer größten Blüthe und Selbstständigkeit, zu der Zeit, wo sie selbst ihre städtische Gemeinde-Verfassung ausbildeten, niemals ein derartiges Verhältniss stattgefunden, vielmehr wurden die kommunal-Angelegenheiten und die Interessen der Stadtgemeinde überhaupt immer von mehr als einer vermittelnden und vermittelnden Körperschaft wahrgenommen und bearbeitet und dann nach übereinstimmenden Beschlüssen von dem Magistrat ausgeführt, weil in dessen Hand an und für sich die executive Gewalt lag, nicht aber weil ihm die Ausführung von der beschließenden Stadtbehörde etwa als Geschäft übertragen worden wäre. Man ist überall einen lebendigen Organismus, seine bloß mechanische Verwaltung des städtischen Vermögens und der städtischen Einkünfte, deren Geschäft durch ein Regulativ geregelt werden, und die Bürger-Ältern, der bürgerliche Ausschuss, die Gemeindevorsteher von Wirteln und Gewerten, oder welche Namen sie sonst führten, brachten nur in Uebereinstimmung mit dem Magistrat ihre Beschlüsse über städtische Angelegenheiten zu Stande, weil man dieselben so umständlich und besonnen als nur immer möglich gefasst zu sehen wünschte. Die Städte-Ordnung von 1808, sowie die revidirte Städte-Ordnung von 1831, waren ebenfalls weit davon entfernt, die Beschlussnahme über alle kommunal-Angelegenheiten in die Hand der Stadtverordneten-Verfassungen allein zu legen und den Magistrat zu deren Ausführung zu verpflichten, vielmehr schied die letztere für die Gültigkeit der Beschlüsse der Stadtverordneten-Verfassungen ausdrücklich die Befürwortung von Seiten des Magistrats vor, und wurde diese Befugnis, so hatte die vorgelegte Aufsichtsbehörde darüber zu entscheiden. Diese gegenseitige Stellung war auch um so natürlicher, als nur auf diesem Wege nach der Ansicht des Ausschusses eine vollkommene Gleichheit beider städtischen Gemeindebehörden zu erreichen sein dürfte. Wie dem Magistrat in einer der eigentlichen Gemeindeverwaltung betreffenden Angelegenheiten nicht gestattet war, für sich allein Einrichtungen zu treffen, Maßregeln zu ergreifen, Verordnungen von Gemeinde-Einkünften vorzunehmen u. s. w., waren die Aemter auch noch so gemeinnützig gewesen, zunächst vielmehr der Beschluss der Stadtverordneten-Verfassungen eingeholt werden musste, so bedurfte es im umgekehrten Falle auch von Seiten der Stadtverordneten-Verfassungen eines Antrages bei dem Magistrat auf Zustimmung zu ihrem Beschluss, womit dann zugleich die Ausführung desselben verbunden war.

Der Ausschuss war darüber einverstanden, dass, um den Zweck der Gemeinde-Ordnung als einer neuen Städte-Ordnung für die Städte der östlichen Provinzen zu erreichen, ein derartiges gegenseitiges Verhältniss des Gemeinderaths und Gemeindevorstandes unerlässlich sei, dass die oberrichterliche Stellung des letzteren und dessen Abtheilung an der Verteilung der Stadt und ihrer Interessen nicht gefährdet werde, was zu leicht der Fall sein könnte, wenn ihm keine Mitwirkung an der Endgültigkeit der auf die Interessen der Gemeinde sich beziehenden Beschlüsse gestattet werde, weil er auf diese Weise in eine zu große Abhängigkeit von der beschließenden Behörde geräthe. In dieser Beziehung spricht man auch der §. 7. der Gemeinde-Ordnung vom 11. März v. J. klar und deutlich aus, dass die Gemeinde durch den Gemeinderath und den Gemeindevorstand vertreten werde, und mit dieser Bestimmung stehe es nicht im Einklange, wenn nach den oben angeführten Gesetzen nur dem Gemeinderath das Recht, Beschlüsse über Gemeinde-Angelegenheiten zu fassen, zustehen sollte, dem Gemeindevorstand aber die Befugnis auferlegt werde, diese Beschlüsse auszuführen, so weit er die Ausführung nicht befehlen zu müssen glaubt, weil sie dem Gemeindevorstand nachtheilig sind. Der Gemeindevorstand erhält dadurch gewissermaßen die Stellung ausführender Aemter des Gemeinderaths, die von der beschließenden Behörde notwendig abhängig werden müssen, und dies würde vielleicht in noch höherem Grade der Fall sein, wenn er nicht durch seine oberrichterliche Stellung dagegen mehr geschützt und durch die Autorität des

Staates, den er in dieser Eigenschaft vertritt, gehalten würde. Eine derartige oberrichterliche Stellung stelle sich indessen nicht eben als sehr angemessen dar, da es doch nur eine wahre und wirkliche Obrigkeit in der Stadt geben könne, und schiene also das Wohl der Städte selbst eine Mitwirkung des Vorstandes an der Endgültigkeit der Beschlüsse in Gemeinde-Angelegenheiten zu fordern, so dass es nur darauf ankomme, eine angemessene Form dafür zu finden, um auch das Ansehen des Gemeinderaths anderer Städte nicht ohne Noth zu schwächen, und die Rechte beider Körperschaften genügend zu wahren.

Diese Ansicht fand besonders in dem Herrn Abgeordneten der Stadt Berlin ihren Vertreter, und die übrigen Mitglieder des Ausschusses, mit Ausnahme des Herrn Dietke, der sich hierüber überhaupt zu keiner Erklärung vernehmen wollte, weil er immer nur wieder auf den Antrag zurückkommen könne, die Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850 zunächst überall einzuführen, glaubten die- selben Wünsche nach einer Vermittelung zu entsprechen, wenn sie eine Abänderung der betreffenden Vorschriften der Gemeinde-Ordnung dahin vorzuschlagen sich erlaubten, dass die Bestimmung an die Stelle gesetzt werde:

Die Beschlüsse des Gemeinderaths bedürfen vor ihrer Ausführung der Zustimmung des Gemeindevorstandes. Findet derselbe dagegen kein Bedenken, so bedarf es keiner ausdrücklichen Erklärung, vielmehr schließt die Ausführung zugleich die Zustimmung in sich. Glaubt er aber seine Zustimmung verweigern zu müssen, so ist er verpflichtet, seine Ansicht durch Gründe zu rechtfertigen. Erfolgt dann in der nächsten Gemeinderath-Sitzung keine Befriedigung beider Gemeindebehörden, so ist die Entscheidung der vorgelegten Aufsichtsbehörde einzubringen.

Zur Rechtfertigung dieses Vorschlags wurde ausgeführt, dass durch denselben nur sehr wenig in den Bestimmungen der Gemeinde-Ordnung geändert, dagegen aber ein Verhältniss zwischen den beiden Gemeindebehörden errichtet werde, wie es zum Wohle der städtischen Gemeinde und zur Wahrung der oberrichterlichen Stellung der Magistrats wohl als unerlässlich betrachtet werden müsse. Insofern der Gemeindevorstand in seiner Uebereinstimmung von den Beschlüssen des Gemeinderaths nicht wesentlich abweiche, bedürfte es nämlich einer formellen Zustimmung dann überhaupt gar nicht, die von dem Gemeindevorstand übernommene Ausführung enthält vielmehr auch diese Zustimmung von selbst; wo dagegen aber die Uebereinstimmung des Gemeindevorstandes von der Zustimmung der gestrichenen Beschlüsse im Interesse der Gemeinde von der Gemeindebehörde abweiche, sei durch die Nothwendigkeit, die abweichende Ansicht durch Gründe zu rechtfertigen, zugleich die Möglichkeit einer Verständigung beider städtischen Behörden in einer nachmaligen Beratung des Gegenstandes gegeben, und dies liege im wahren Interesse der Gemeinde. In solchen Fällen widerstreitender Ansichten würde der Gemeindevorstand auch nach den Bestimmungen der Gemeinde-Ordnung vom 11. März v. J. die Ausführung der betreffenden Beschlüsse zu befehlen kein Bedenken tragen, sollte es sich auch vielleicht mehr um die größere oder geringere Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit der gestrichenen Beschlüsse für die Gemeinde, als um einen entscheidenden Grund für das Gemeinwohl unmittelbar hervorgehenden Nachtheil handeln. Durch die vorgeschlagene Abänderung würde daher nur das Recht des Gemeindevorstandes, an der Endgültigkeit der Beschlüsse in Gemeinde-Angelegenheiten im Interesse der Gemeinde Theil zu nehmen, genauer festgelegt. In Anspruch zu nehmen und thatsächlich auszuüben würde es wohl auch schon nach den Bestimmungen der Gemeinde-Ordnung gewesen sein; die sichere Befestigung und Begründung eines solchen Rechts des Gemeindevorstandes sei aber für unangehörliche Ereignisse, wo die Ausführung der von einer einzigen beschließenden Körperschaft gefassten Beschlüsse vielmehr mit zu großem Elter beizugehen werde, von kaum zu ermessen der Wichtigkeit, und es werde dadurch nur das Verhältniss wieder hergestellt, welches die früheren Städte-Ordnungen, denen man sich hier wieder zu nähern beabsichtige, begründet haben, und das sich erfahrungsmäßig bewährt hat.

Hierzu komme nun aber insbesondere noch, und dies sei von besonderer Wichtigkeit, weil es zugleich den vorliegenden Gesichtspunkt hinsichtlich der hier in Rede stehenden Frage ausmache, dass es mit Rücksicht auf die kleinen Städte völlig unausführbar und ganz gegen das Interesse der Gemeinden sein würde, dem Gemeinderath allein die endgültige Beschlussnahme in Gemeinde-Angelegenheiten zu überlassen, da fast in allen dieser Beschlussnahme unterliegenden Angelegenheiten ein großer Theil der Gemeindevorordneten, oft der bei weitem überwiegende, persönlich beitheiligt ist, so dass diese Beschlüsse zum Theil mit über eigene Interessen gefasst werden. In welcher Ausdehnung dies hiessellen der Fall ist, davon giebt der Inhalt einer dem gegenwärtigen Provinzial-Landtage überreichten Petition, wegen Benennung eines Bürgermeisters, Zeugnis. Anderer Seite werde in solchen Städten der Gemeindevorstand selten die erforderliche Energie besitzen, gefasste Beschlüsse aus dem Gesichtspunkte eines für das Gemeinwohl zu beforgenden Nachtheils zu befehlen, während er wohl Bedenken tragen dürfte, denselben seine Zustimmung zu erteilen.

Wollte man dem gemachten Abänderungsvorschlage gegenüber etwa behaupten, dass durch denselben die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Gemeinden, die gesetzlich anerkannte Befugnis derselben, ihre Angelegenheiten selbstständig zu verwalten, gefährdet oder beschränkt werde, so ergiebt eine nur ganz oberflächliche Prüfung der Sache, dass dies nicht der Fall sein könne, da der Gemeindevorstand oder Magistrat doch ebenfalls einen integrierenden Theil des Gemeinwesens ausmacht, und diesem gegenüber unmöglich eine anderweitige Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der übrigen Theile der Gemeinde gefordert werden kann, oder je zu gewöhnen beabsichtigt gewesen ist, weil dies notwendig jeden festen Gemeindevorstand lösen müsste. Was auf die gegenwärtige Zeit ist

von den städtischen Gemeinden auch noch nicht der Versuch gemacht worden, ihre eigenen Angelegenheiten ohne den Magistrat, ja selbst mit Ausschließung desselben, ordnen zu wollen, und nur in den ganz großen Städten der Monarchie würde die Möglichkeit vorhanden sein, auf solche Weise damit zu Stande zu kommen, in den kleineren wird die Mitwirkung dieses Organs des Gemeinwesens für eine geordnete Existenz desselben immer unentbehrlich bleiben. Nach dem wahren Wesen der Sache steht der Gemeindevorstand oder Magistrat auch zu der Stadtgemeinde ganz in derselben Beziehung wie der Gemeinderath. Auch er geht aus der Wahl der Gemeinde hervor, seine Mitglieder müssen dieselben Eigenschaften besitzen und dieselben Bedingungen erfüllen, wie die Mitglieder des Gemeinderaths, ihr Interesse an dem Wohle der Gemeinde ist daher ein vollkommen gleiches wie bei jenen, und es ist mithin abgesehen davon, dass dies dem allgemeinen Staatswohl und dem Wesen einer Gemeinde, welche eine der Grundlagen des Staatsorganismus bilden soll, wohl überhaupt in keiner Weise entspricht, nicht der geringste Grund dazu vorhanden, denselben gleichsam außer der Gemeinde eine Stellung anzuweisen und ihn zu einer Körperschaft angemeinener Executiv-Aemter zu machen.

Aus allen diesen Gründen glaubt der Ausschuss die Annahme des gemachten Abänderungsvorschlags empfehlen zu können.

Das Institut der Bezirksräthe, welches die Gemeinde-Ordnung vom 11. März v. J. einführt, fand in dem Ausschusse keinen Vertreter. Man erkannte an, dass dasselbe ein fremdartiges und dabei sehr kostspieliges sei, welches keinen leichten Eingang in das praktische Leben finden und schwerlich von günstigen Folgen sein werde, weil sich für die Bezirke nicht zugleich auch gemeinschaftliche Interessen schaffen ließen. Wo nämlich gemeinsame Vermögens- und Verwaltungs-Angelegenheiten vorhanden wären, da beständen für dieselben Communal-Angelegenheiten, deren Fortbestehen in dem Art. 69 der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung ausgesprochen sei. Wo die Grenzen dieser Bezirke mit denen der Provinzial-Regierungen aber nicht zusammen fielen, da sollte auch jede andere Vertheilung der Bezirksräthe als die Theilnahme an der Aufsicht über die Gemeinde- und Kreisverwaltung hinweg. Diese Aufsicht wünsche der Ausschuss indessen lieber in den Händen der Regierungen zu sehen, die vermöge ihrer Stellung mit den Verhältnissen der Gemeinden und Kreise genügend bekannt sind, und trägt daher kein Bedenken, die in der Denkschrift aus e. aufgestellten Frage einstimmig zu bejahen.

Es geht dabei indessen zugleich von der Voraussetzung aus, dass es allgemein bei den Beziehungen der königlichen Regierungsbehörden zu den Städten verbleiben, keine Kategorie der Städte mithin davon ausgeschlossen und unter eine heterogene, nach den Vorschriften der Gemeinde-Ordnung aus der Wahl hervorgegangene Aufsichtsbehörde gestellt werden sollte. Eine solche würde der Kreis-Ausschuss sein für alle Städte unter 10,000 Einwohner (§. 138. der Gemeinde-Ordnung vom 11. März v. J.), und wenn dessen Stellung auch vielleicht als eine angemessene erscheinen könnte, so lange es sich darum handelte, die Gemeinde-Ordnung vom 11. März v. J. auf Stadt- und Landgemeinden ohne Unterschied anzuwenden, so könnte man sich gegenwärtig doch keine entsprechende Vertheilung von der Aufsichtsführung dieser Ausschüsse über die Stadtgemeinden allein versprechen, da nur ein sehr kleiner Theil der Mitglieder derselben mit den Verhältnissen dieser Gemeinden genügend bekannt und mit den nöthigen Verwaltungsgewissen versehen sein würde, abgesehen davon, dass durch die Beibehaltung dieser Ausschüsse auch ein in sich ganz verschiedenes System in der Aufsichtsführung des Staats über die Gemeinden überhaupt hineingebracht würde. Der Ausschuss glaubte daher bei dieser Frage einstimmig noch beantragen zu müssen:

dass auch die Aufhebung des Aufsichtsraths der Kreis-Ausschüsse wie es der §. 138 der Gemeinde-Ordnung feststellt, ausgesprochen werde, und es bei den bisherigen Aufsicht-Angelegenheiten der Städte verbleibe.

Was die in der Frage aus f. betriebe Beibehaltung der bisherigen Immunität der geistlichen und Kirchendiener von den direkten Gemeindebesuchen und der Befreiung der Geistlichen von den Gemeindevorständen anbelangt, so vergebens bemühte sich der Ausschuss zunächst, dass diese Frage sich für jetzt nur auf die Städte beziehe, da wenn die Trennung des platten Landes von den Städten hinsichtlich der Gemeinde-Ordnung vom 11. März v. J. ausgesprochen wird, für die ersteren die erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen in einer Landgemeinde-Ordnung emaniren werden, es also nur auf eine Abänderung der §§. 3, 49 und 110 der Gemeinde-Ordnung in Beziehung auf die Städte ankomme. Mit dieser Abänderung wie sie aus f. der Denkschrift von der Regierung beabsichtigt wird, erklärte sich der Ausschuss vollkommen einverstanden. Nur der Herr Vertreter der Stadt Berlin will es hinsichtlich dieser Verpflichtungen bei den Bestimmungen der Gemeinde-Ordnung über die allgemeine Steuerpflicht belassen wissen und ist der Ansicht, dass den betreffenden Geistlichen und Kirchendienern für diese Mehrbelastung eine Entschädigung aus Gemeindevorständen zu gewähren sein möchte, womit sich die übrigen städtischen Abgeordneten aus dem Grunde nicht einverstanden erklären konnten, weil es den kleineren Städten bei weitem leichter sein werde, eine Freilassung von den Gemeindebesuchen und Abgaben einzutreten zu lassen, als eine Entschädigung für die Mehrbelastung aus Gemeindevorständen zu gewähren. Der Ausschuss konnte sich indessen nicht verhehlen, dass die Verhältnisse der Stadt Berlin von denen der übrigen Städte wesentlich abweichen und möglicher Weise eine andere Art der Ausführung dieser Bestimmung notwendig machen könnten.

Berlin, den 13. September 1851.  
Der Zweite Ausschuss.  
v. Weding. Strahl. v. Quisfeldt. Wintermann.  
Müller. Neumann (Referent). v. Schönfeldt. Lehmann.  
Ophorst. Dietke. v. Poncet. v. Kröcher II.



## Emden als Deutsche Handelsstadt und Seefestung.

St. Emden, 14. September. Das Glück wäre also erreicht, daß der Zollverein bis zur Nordsee hin ausgebreitet wäre — dem Binnenlande die Verbindung mit dem freien Meer eröffnet. Jetzt erst kann der Zollverein mit den Nordseeländern ein Zollverein, d. h. eine selbstständige große Deutsche Handelsmacht werden, wo anderer Seits die Nordseelände ohne den Zollverein, ohne Deutschland, weder ein selbstständiges noch fähiges Ganzes, weder einen freien noch großen Handelsplatz zu bilden im Stande sind. Den Eingang in die Nordsee, welchen Holland mit vertragsgemäßer främerlicher Sophistik ein volles Vierteljahrhundert versagt, dieser Eingang, welchen der Zollverein durch fremdes Geleite über Antwerpen gestiftet, ist jetzt durch das alte Deutsche Land der freien über Emben gewonnen. Es war mehr wie eine kuzschliche Politik Preussischer Staatsmänner, welche im Jahr 1815 ihrem Staate — und dessen Handel die Nordseefläche mit Ostriesland nehmen ließ; es war ein politischer Fehler, dessen schweife Beichtigung aber selbst nach sechshundertjährigem Bestand immer ein großes Verdienst bleibt. Wenn wir in Deutschland politisch sein wollen, und uns politisch zu fühlen vermögen, so müssen wir zunächst anfangen, politische Maßregeln zu ergreifen, um das zu werden, was wir zu sein wünschen. Die Politik der Interessen, so will es der Weltlauf, hat auch die Capitalien für sich — diese Wahrheit glauben wir hier in der Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollvereine zu erkennen. Hier, wo bei aller Grenzlosigkeit für die Wohlthat der Gemeinverfassung Regierung, das dankbare Ansehen an Preußen noch nicht erloschen ist, hat der Vertrag vom 7. d. M. die Zuversicht und das Vertrauen wiederum neu bricht, daß Emden zu seiner wahren Bedeutung für Deutschland anerkannt und zu neuem Fort gebracht werde. Diese Stadt in einer der gelieblichsten Gegenden und im „mercenarischen Land“ gelegen, wird bei der durch die neue Verbindung in Aussicht stehenden Vermehrung des Verkehrs der Handel viele Capitalien zuwenden; das Alter ihres Handels hält gleichen Schritt mit der Thätigkeit und dem Speculationsgeiste ihres Kaufmannstandes. Weil Emdens Lage von Natur so außerordentlich begünstigt ist, streben seit langer Zeit England und Hamburg vereint dahin, die Stadt am Dollart nicht aufkommen zu lassen und ihre Schiffsahrt zu verhindern. Von Porto bis Petersburg auf einer Küstlänge von mehr als 900 Deutschen Meilen giebt es keinen zum Handel günstiger gelegenen Seesweg als diese Ostfriesische Stadt, deren Lage eine ganz selbständige und zugleich wohlgeschützte ist. Keine Flotte vermag ihr etwas anzuhaben, da sie durch Canäle mit allen Ostfriesischen Häfen in Verbindung steht. Und dazu welcher Häfenconflus! Von Emben aus kann die Schiffsahrt auf der Ems und von da auf der Ems, welche bei Eer in die Ems mündet, mittelst eines Canals zwischen der Ädte und Hunte nach Bremen und Hamburg, in die Weser und Elbe, auf der Ems kann sie mittelst des schon bestehenden Canals zur Mueh aus in den Rhein, die Waal und Maas gelangen. Wenn die Ems mittelst eines Canals mit der Lippe nach dem Projekte des Preussischen Ober-Präsidenten v. Vinde bereit zu einer geregelten Schiffsahrt vereinigt wäre, so könnten Embener Schiffe bis in das schwarze Meer fahren. Nach officiellen Angaben sind im Jahre 1846 hier 905 Schiffe zu 14,745 Lasten eingelaufen und 1005 Schiffe zu 15,446 Lasten ausgelaufen. Das Geschäft mit Landwirthschafts-Producten errögte im Jahre 1846 einen Gesamtertrag für die Einfuhr landwirthl. von 896,128 Thlr., für die Einfuhr fernwärts von 102,993 Thlr., für die Ausfuhr fernwärts von 668,252 Thlr. Von andern Artikeln (Colonialwaaren, Eisen, Leinen, Eisenblech, diverse Stücker u. s. w.) sind eingeführt 94,672 Centner 30 Pfd., ausgeführt 23,178 Eir. 10 Pf. Mehrere gewandwürdige Gattungen nicht eingesehrt werden — die vorstehenden Zahlen dürfen zum Beweise unserer Wichtigkeit genügen. Mit Ungeduld erwartet Ostriesland die Zeit, wo seine Seefahrt durch Ostfriesen mit dem Innern Deutschlands verbunden sein werden, und der Alles abtreibende Dampf die Waaren befördert, welche das Landfuhrwerk nicht durch den Wüstenland, der sich zwischen den Ostfriesischen Seehäfen und Westfälischen Seehäfen gelagert hat, beschleppen kann. Unserer Zukunft hat sich seit dem 7. d. M. ihrer Erfüllung genähert.

Dieser Seeplatz ist aber nicht allein zum Handel so außerordentlich günstig gelegen, im Gegentheil zu Hamburg eignet er sich ganz ausnehmend zu einer Cerefection, in welche fast ganz Ostfriesland, weil es ganz mit Sümpfen umringt ist, hineingebracht werden kann. Nach alter Möd' ist der Mehl soll man vom Feinde lernen — erinnern wir uns — den Plan eines Segnerd neuerer Tage so respectabel, weil ihn aus heilige Römische Reich Deutscher Nation in den gefahrtesten Zeiten je gehabt. Wie Napoleon den Russen die Feldzug unternahm, hatte er die Absicht gefaßt, in Gm den Briten gegenüber den größten Seebandlungsplatz und zugleich ein zweites Gibraltar anzulegen. Da die Speicher des Zollvereins an der Nordsee für ihren räumlichen Anfang und ihr gewinnreichs Ende forten finden sollten, mögen die Pläne Napoleon's wiederum geprüft und erwogen, wenigstens nicht ganz außer Acht gelassen werden. Der Gedanke des emporgelommenen Kaiser ist vollkommen einleuchtend, und da der Reich getrenkt, was er wünscht und beifst, so sehen wir, nachdem eine Großmacht mit uns im Bunde sein wird, bereite Gm als die mächtigste Handelsstadt, die größte gar nicht einnehmbare Seerettung vor Augen. Man bezeichne einen einzigen Tag an den Küsten der Nordsee, welcher zu einem großen Seebandlungsplatz, zu einer Cerefection so gut gelegen als Gm, — es ist, das einzige Ost und außer ihm kein zweiter zu finden. Hamburg und Bremen liegen viel zu tief ins Land hinein und sind darum nur mittelbar, nicht unmittelbar Seestädte zu nennen. Auf den ersten Blick muß man anerkennen, daß große Handels-Orte der Natur nicht dazu geschaffen sind, große Handelsflotten, noch weniger Kriegsschwerader zu bergen. Auf dem großen Dollart vor Gm aber kann man einen Hafen für Kriegsschiffe, gleich dem von Portsmouth ein-

richtigen, kann den gegenwärtigen Hafen der Stadt Genua so verbessern und vergrößern, wie dieses im Vorbilde dem Napoleon für Antwerpen geschehen ist. Bauen wir auf die richtige Erkenntniß der Vergangenheit die Verbesserung unserer mercantilen Zustände — hier an der See mit der „tühlen Flut“ halten wir den Welt — fest und freich in die Ferne und Nähe, ja erinnern und leidet! täglich, daß den Vorzug, welchen die geographische Lage Deutschlands zu einer hervorragenden Position auf dem Meere giebt, die eigene Großartigkeit und die schlaue Politik unserer Gegner hat einklinken lassen. Die Politik der Mitter hängt von ihrem Seehandel ab. Deutschland ist gesunken, weil im 16. Jahrhundert das Reich nicht vermochte, diese naturgemäße Nothwendigkeit zu erkennen und seine Seeschiffe preisgab in demselben Augenblicke, wo in England und Holland die ganze Kraft des Staatswesens sich hinter den Seehandel stellte. Solche große Schuld hat das Haus Deckerstein an Deutschland — namentlich an Nord-Deutschland zu zahlen. Der Handel der Nordsee ist einmal nöthwendig ein Transatlantischer, und alle Staats-Interessen fließen dorthin, während alle Gegenden, welche zum Mittelmeer gerichtet sind, einmal auf den Erkenntnißstand dahin gewiesen bleiben, und in diesem so sehr erörtern können, je unsicherer die Schifffahrt von dort nach dem Norden, je größer der Einfluß westlicher Winde bei Gibraltar ist. Nord-Deutschland kann und darf sich hier das Seine nicht nehmen lassen — danken wir aufrichtig dem Preussischen Minister Herrn v. Manteuffel die Verbindung, daß Wien zum Sitz oder Regulator der Handelspolitik Nord-Deutschlands, d. h. seiner Politik überhaupt werde.

## Zur kirchlichen Gemeindeordnung.

zu **Wittenberg**, 13. Sept. Auf dem am 10. und 11. d. M. in **Wittenberg** abgehaltenen diesjährigen Kirchentage ist föllig folgende Eingabe an den Ober-Schwäbischen angenommen worden:

**Schwäbischer Ober-Kirchen-Rath!**

In schwerer Bedrängniß liegt Oerzen werden die Unterzeichneten sich von Neuem an Euren Hochwürdigsten Ober-Kirchenrath mit der Bitte, sie zu hören.

Am 10. und 11. Septbr. zur diesjährigen lutherischen Kirchentage in **Wittenberg** versammelt haben dieselben wiederum mit ihren Brüdern in ihnen zur Einführung bringenden Grundsätze einer frischen Gemeinereordnung der gemeinschaftlichen, gründlichen und allseitigen Prüfung unter, oder weiter sich, noch den innigsten Wunsch, ihrer theuren kirchlichen Liebesbrüder so gern unbedingte folgen und dienen zu können, noch ihre eigene tiefste Sehnsucht, die in ihnen lutherischen Kirche verkörpert und in ihren heiligsten Lehren und Gesetzen der lutherischen Kirche seinen zu haben, in ihrer Ueberzeugung etwas ändern zu können, und die Einführung der Grundsätze dieser Ba. der lutherischen Kirche nicht nur nicht fördern, sondern im Gegentheil dieselbe noch vollends ganz geräthet werden, wenn ihr nicht zuvor amlich geordnete lutherische Herrichtung im Landesherrnregiment gegeben und die Grundsätze durch die lutherische Kirchenregierung nach lutherischen Principien erwidert werden.

Die Unterzeichneten überzeugt ihre obersten kirchlichen Behörden gerade damit in der Wahrheit am ausführlichsten zu dienen, an dieselbe mit der bringenden, inabhängigen Bitte, endlich der lutherischen Kirche gerecht werden, daß sie genommene lutherische Regiment wiedergeden, die Grundsätze durch haffende nach lutherischen Principien revidiren lassen und damit die vielen an Euren Hochwürdigsten Kirchenrath bereits eingereichten Eingaben, die in dieser Beziehung zu dem Ober-Kirchenrath so vieler Hunderte von lutherischen Gemeinden von ihnen nehmen zu wollen, noch so weiter wissen sie sich in tiefem Verlangen und mit denen ihrer lutherischen Brüder, namentlich in Schlesien, Ein, welche die Grundsätze mit Wahrheit ihres lutherischen Bekenntnisses bereits angenommen haben, indem auch diese sich nur unter der Voraussetzung gefehen haben, daß diese Veränderung der lutherischen Kirche in der lutherischen Kirche geschehen würde, die lutherische Kirche an Grund diese Bekenntnisses nach weiter auszuführen.

Ein Hochwürdigster Oberkirchen-Rath wolte diese unsere Bitte so nicht als eine einem unbegründeten Mißtrauen, oder aus einer selbstgemachten Opposition, sondern vielmehr aus ihrer tiefsten und wohlgegründeten Ueberzeugung hervorgegangen ansehen, daß nur so die schwersten kirchlichen Kämpfe von ihrer theuren lutherischen Kirche abgewandt, mit dadurch alle Wigen an Euren Hochwürdigsten Kirchenrath, die sich nicht anders als in der Wahrheit befindet und verfährt werden können.

Einem hochwürdigsten Oberkirchen-Rath legen wir zugleich unsere wiederholte Bitte aus: Reue an's Reue, indem wir zugleich inabhängig unsern Hergen ausreden wollen, um den Herrn der Kirche zu bitten, daß Er die Eingelesenen und unsere Bitte wohlwollend machen wolte.

G. Deutschmann, ev.-luth. Pfarrer zu Bielowitz, Depu-  
tirter des ev.-luth. Provinzialvereins von Schlessien, als Vertreter der

**Photographisches.**

Befanntlich erzeugt der Photographie zuerst ein sogenanntes negatives Bild, mit welchem er denn das positive, d. h. das Bild herstellt, welches dem Betrachter als eigentliche sogenannte Photographie eingeblendet wird. Allein weil entfernt davon, das Bild als ein Nachbild anzusehen werden dürfte, bietet gerade dieses Umrissbild entgegengesetzte Vortheile dar. Denn wir dürfen:

- 1) möglich, beliebig viele positive Bilder anfertigen, ohne daß, wie bei der Daguerreotypie, jedes neue Bild eine neue Sitzung erfordert. Wir machen besonders im Interesse der Fremden auf dieses Umrissbild aufmerksam, denn hierdurch ist die Möglichkeit gegeben ist, nach einer einmal abgehaltenen Sitzung von 20 bis 60 Sekunden nach Zahen und von jeder Gasse und jeder Straße ein Portrait in beliebiger Anzahl wieder herstellen zu lassen, so wie auch zu jeder Zeit ein Bild zu fertigen, welches in einem Exemplar nahe für die Hälfte des Preises, für welchen man das erste kauft, da beim ersten Bild die Kosten der Herstellung des negativen Umrisses sich zu entlasten find, die aber bei jedem folgenden folgenden Abzuge billiger Weise fortfallen. Mit Hilfe des negativen Bildes wird
- 2) beweis, daß das photographische Bild die natürliche Stellung wiedergibt; daß also nicht, auf einer Daguerreotypie, die Linie Seite der Natur, sondern die rechte Seite der Natur ist.
- 3) Für einen Vorzug des photographischen Bildes müssen wir ferner halten, daß es der Behandlung durch die Hand des Malers fähig ist, wodurch aus den strengsten Ansprüchen der Kunstwerke genügt werden kann. Wie trefflich sich das photographische Bild z. B. in Aquarell-Malerei auswirken läßt, davon kann sich Jeder an den Zeichnungen unserer berühmten Photographen leicht überzeugen. Das photographische Bild
- 4) dem Beobachter von allen Seiten zugänglich, gleich dem Originalbild; während die Daguerreotypie nur von der Seite des rekrifizierten Lichts abgesehen wahrzunehmen ist; auch ist es

b) eben so wenig verführbar als irgend ein Lithographie, ein Kupfer-  
stich und bergl.; deshalb wird dasselbe auch in der Regel dem Publikum  
das Glas übergeben, während der Daguerreotypist sein Bild nur unter  
einem aus den Händen gehen kann; fällt das Letztere vom Nagel der Wand,  
es niemand herding, und zerfällt so — oder auf irgend eine gewaltsame Weise  
zerfällt —, so ist das Bild verloren, und der Daguerreotypist ist nicht  
als Daguerre's Bild vermischt und zerbricht ein; während die Photo-  
graphie selbst für den Fall, daß sie gewaltsam, sammt dem papyrernen  
Rarton, auf welchen sie in der Regel gezogen ist — zerfallen wird, sich  
immer und zwar, wie wir oben bemerkt, für den halben Preis durch das  
Papier ersetzen lassen kann, und so dem Publikum die Kunstwerke, welche  
man, ähnlich wie dem Kupferstich die Kupferplatte, mit den Litho-  
graphen den Stein, dem Photographen das negative Bild — auf und jeder  
andere Photograph, an jedem andern Ort wird zu jeder beliebigen Zeit den

**Literarisches.**  
Die Civil- und Militair-Verfassung des Deutschen Bundes.

Unter vorstehendem Titel ist kürzlich hier im Verlage von G. Demyel eine Zusammenstellung der Grundgesetze des Bundes, seiner

[illegible]

### Mermischtes.

— Im Garten der Luitpolden in Berlin sind gegenwärtig Arbeiter das zu befruchten, die Rüben, in welche die Drangsaldrüsen stecken, in besserer Lage zu bringen. Die Rüben sind in der Höhe von 1½ bis 2½ Fuß, im Durchmesser 2 bis 3 Zoll, im Alter von 10 bis 12 Jahren. Die Rüben sind in der Höhe von 1½ bis 2½ Fuß, im Durchmesser 2 bis 3 Zoll, im Alter von 10 bis 12 Jahren. Die Rüben sind in der Höhe von 1½ bis 2½ Fuß, im Durchmesser 2 bis 3 Zoll, im Alter von 10 bis 12 Jahren.

Verantwortlicher Redacteur: Wagener.  
Verlag und  
Druck von C. G. Brandis in Berlin, Deßauer Straße 25.